

bdo | DIEBUSUNTERNEHMEN

WEEKLY UPDATE



Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt sie tatsächlich noch, wenn auch nur selten: die guten Nachrichten. Aus Brüssel kam eine solche gestern. Die Europäische Kommission hat dort nämlich den Weg frei gemacht für mehr Finanzhilfen für Unternehmen in Deutschland. Dieser Schritt, für den wir lange gekämpft haben, wurde aufgrund der langen Dauer der Corona-Krise dringend notwendig. Wie es ansonsten bei der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes und weiteren wichtigen Themen der Busbranche aussieht, das erfahren Sie ebenfalls im neuen Weekly Update.



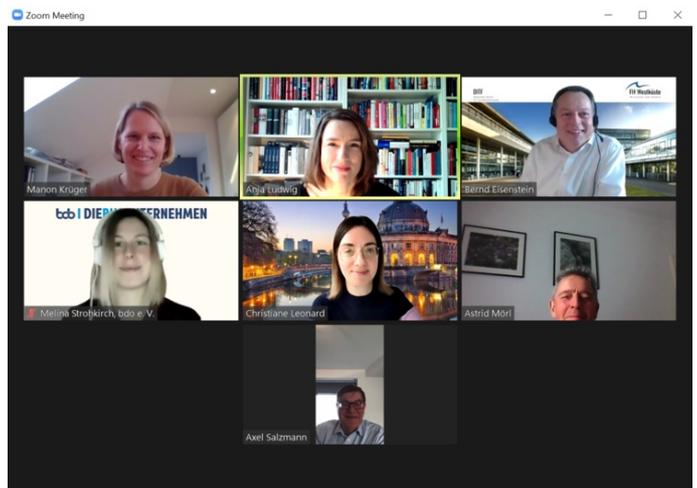
Erfolg in Brüssel: Höhere Corona-Hilfen.

Die Obergrenzen der EU für nationale Finanzhilfen für Unternehmen in der Corona-Krise werden deutlich angehoben. Mit diesem Schritt nimmt die Europäische Kommission eine der zentralen Forderungen des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) auf. Mittelständische Busunternehmen in Deutschland werden nun die Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung in größerem Maße in Anspruch nehmen können, um massive Verluste abzufedern. bdo-Präsident Karl Hülsmann hatte hierfür intensiv bei Bundeskanzlerin Angela Merkel geworben, die sich nun in Brüssel durchsetzen konnte.

[Zur PM](#)

bdot treibt Touristik-Zukunftsforschung an.

Wir gehen den drängenden Fragen im Bustourismus wissenschaftlich auf den Grund - und haben dafür die Vorbereitung einer Verbraucherstudie zur Zukunft des Busreisens angestoßen. Startpunkt dafür war das Auftaktmeeting für die anhaltende Zusammenarbeit des bdo mit den Experten des Deutschen Instituts für Tourismusforschung (DITF). Bei der Videokonferenz u.a. mit DITF-Direktor Professor Bernd Eisenstein. Für weitere Fachkompetenz stehen Professor Axel Salzmann und Gunther Mörl zur Verfügung, die die Arbeitsgruppe begleiten.



PBefG im Bundestag verbessern.

Der vorliegende Kabinettsentwurf für das neue Personenbeförderungsgesetz muss aus Sicht des bdo in der anstehenden Behandlung in Bundestag und Bundesrat noch entscheidend verbessert werden. Andernfalls drohen neue Hindernisse für den öffentlichen Personenverkehr – unter anderem als Folge von Rechtsunsicherheiten, zusätzlicher Bürokratie und fehlender Abgrenzung zu neuen Pooling-Diensten. Insbesondere eine Verpflichtung zur Weitergabe wettbewerbsrelevanter Daten muss unterbleiben. Unsere Stellungnahme zum Thema haben wir in dieser Woche entsprechend aktualisiert. Mehr dazu in unserer PM vom Mittwoch.

[Zur PM](#)

Zwangsmaut für Busse jetzt verhindern.

Kommt eine Zwangsmaut für Busse? Oder nicht? Diese Frage entscheidet sich in den nächsten Wochen in den Verhandlungen zwischen EU-Parlament und Mitgliedstaaten zur Eurovignettenrichtlinie. Während das EU-Parlament sich für eine Zwangsmaut für Busse ausspricht, lehnen die Mitgliedstaaten dies ab. Sie sprechen sich vielmehr dafür aus, den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen durch Erleichterungen bei Mautsätzen und anderen Gebühren zu stärken. Der bdo wird diesen Prozess begleiten und sich weiterhin dafür einsetzen, dass Busse gegenüber Pkw nicht benachteiligt werden.



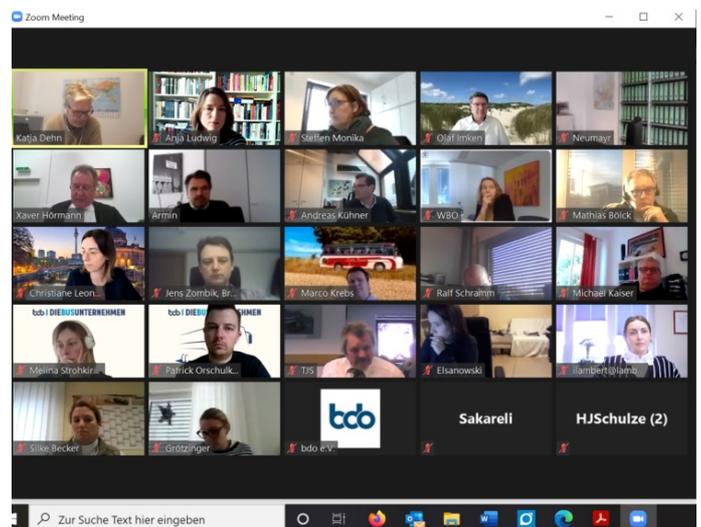
Bundesamt für Güterverkehr

Unsicherheit bestimmt Prognose

Der bdo nahm am Donnerstag an der Expertenrunde zur Entwicklung des Personenverkehrs im Rahmen der Mittelfristprognose des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) teil. Nach einem Katastrophenjahr für den öffentlichen Verkehr, wird für 2021 eine leichte Erholung prognostiziert. Allerdings waren sich alle Experten einig: Corona kann jederzeit einen Strich durch die Rechnung machen.

Der bdo-Touristik-Ausschuss tagte.

Der virtuelle Saal war voll besetzt. Das bdo-Expertengremium für Touristik kam in dieser Woche - und damit natürlich auch in einer Zeit besonderer Herausforderungen - per Videokonferenz zusammen. Neben der Auseinandersetzung mit der aktuellen Hilfsmaßnahmekulisse ging es inhaltlich u.a. auch um die Frage, wie ein Re-Start der Branche vorbereitet werden kann. Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement. Der wichtige Austausch brachte tolle Impulse und einen optimistischen Blick in die Zukunft.





MOLO kritisiert Nahverkehrsgesetz.

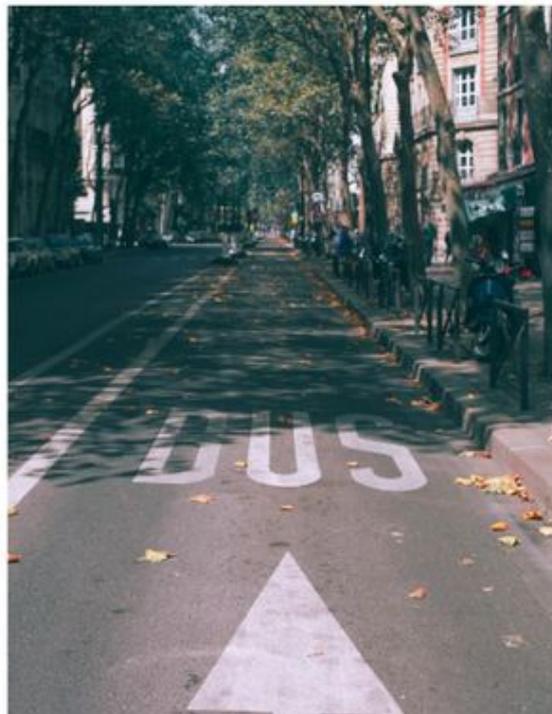
Der rheinland-pfälzische Landtag hat gestern mit den Stimmen der Regierungsfractionen ein neues Nahverkehrsgesetz beschlossen. Der Dachverband der Mobilitätsbranche MOLO zeigt sich mehr als enttäuscht von dem verabschiedeten Gesetz. Es werden die eigentlichen Ziele weit verfehlt. „Wir hätten uns gewünscht, wenn durch die Gesetzesnovellierung das Know-how der in den jeweiligen Regionen ansässigen privaten mittelständischen Busunternehmen, deren Kreativität und Innovationen sowie deren kostengünstige Strukturen, die auch in Zeiten knapper kommunaler Haushalte einen wesentlichen Beitrag für eine fahrgast- und nachfrageorientierte Fahrplangestaltung und damit für eine hohe Kundenzufriedenheit leisten können, viel stärker genutzt worden wären“, so die beiden Geschäftsführer von MOLO, Guido Borning und Heiko Nagel übereinstimmend.

SAVE THE DATE

**bdo-Politik-Forum
Videokonferenz am
24. Februar 2021
11:00 bis 13:00 Uhr**

Die Busbranche fragt. Führende Verkehrspolitikerinnen und Verkehrspolitiker antworten. In zwei digitalen Podiumsdiskussionen zu den drängenden Themen der Unternehmen.

bcb | DIEBUSUNTERNEHMEN



ÖPNV bis 2030 verdoppeln.

Die ÖPNV-Zukunftskommission in Baden-Württemberg hat Ihre Empfehlungen vorgelegt. Eine entscheidende Schlussfolgerung war gestern in der PM des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg zu lesen: "Im Interesse des Klimaschutzes muss nach den Worten von Verkehrsminister Winfried Hermann MdL die Nachfrage im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 2010 verdoppelt werden."

[Zur PM](#)

Verkehrsemissionen wachsen weiter.

Das Umweltbundesamt hat am Donnerstag über die finale Treibhausgasbilanz für Deutschland im Jahr 2019 informiert. Zu den Emissionen im Verkehrssektor heißt es darin: "Mit 165,5 Mio. t CO₂-Äquivalenten liegen sie um knapp ein Prozent über dem Vorjahreswert & damit auch wieder oberhalb des Wertes von 1990." Die Argumente für Bus und Bahn bleiben also zwingend.



[Zur PM des UBA](#)

bdo | DIEBUSUNTERNEHMEN

"Zehntausende Unternehmen von Insolvenz bedroht".

Eine aktuelle DIHK-Umfrage zeigt, wie stark Corona die Unternehmen in einzelnen Branchen gefährdet. "Die Lage ist aber von Branche zu Branche sehr unterschiedlich. Besonders wirtschaftlich gefährdet sind, wie zu erwarten, jene Bereiche, die direkt von den Schließungen betroffen sind."

[Die Zeit](#)

So teuer ist das Autofahren wirklich. Und so günstig der ÖPNV.

Die Kosten des Autofahrens sind nicht nur für Umwelt und die Allgemeinheit hoch, sondern auch für die Pkw-Besitzer. Oft bemerken diese das gar nicht. "Ein Mobilitätskostenrechner zeigt, welche Ausgaben für Auto, Rad und ÖPNV anfallen. Vor allem Autofahrer unterschätzen die Kosten."

[Berliner Morgenpost +](#)



Sitzung bdo-Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit.

17. Februar 2021.

Videokonferenz von 9:30 bis 13 Uhr.

bdo-Mitgliederversammlung.

24. Februar 2021.

Videokonferenz von 9:30 bis 10:30 Uhr.

bdo-Politik-Forum.

24. Februar 2021.

Zwei Diskussionsrunden als Videokonferenzen von 11 bis 13 Uhr.

BUS2BUS Special Edition 2021.

15. April 2021.

Digital-Event.

BUS2BUS 2022.

27. und 28. April 2022

Messegelände Berlin

Die offiziellen Förderer des bdo



Mercedes-Benz

MAN

KRAVAG



NEOPLAN

Partner



Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie weitere Zusendungen hier abbestellen.

[Über uns](#) | [Termine](#) | [Presse](#) | [Publikationen](#) | [Zahlen, Fakten, Positionen](#) | [Datenschutz](#) | [Abo kündigen](#)

Impressum

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) e.V., Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin

Telefon: +49 30 / 240 89 - 300, E-Mail: [info\[at\]bdo.org](mailto:info[at]bdo.org)

Präsident: Karl Hülsmann, Hauptgeschäftsführerin: RA Christiane Leonard

Sitz des Vereins: Berlin, Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, VR 22035 Nz, Steuer-Nr. 27/620/50544

www.bdo.org